



MHKBG Nordrhein-Westfalen • 40190 Düsseldorf  
–per elektronischer Post–  
Bezirksregierung Düsseldorf  
Dezernat 31  
Ceilienallee 2  
40474 Düsseldorf

1. März 2019  
Seite 1 von 3

Aktenzeichen  
304-48.07.01-169/18 (18)  
bei Antwort bitte angeben

**Bestimmung der Wertgrenzen nach den Vergabegrundsätzen für  
Gemeinden, Runderlass des MHKBG**  
Ihre E-Mail vom 10. Dezember 2018

Berghoff  
Telefon 0211 8618-5548  
Telefax 0211 8618-54444  
verena.berghoff@mhkgb.nrw.d  
e

Sehr geehrter Herr Best,

bitte entschuldigen Sie die verzögerte Beantwortung Ihrer Anfrage vom  
10. Dezember 2018. Aufgrund der rechtlichen Relevanz Ihrer Anfrage  
wurde die Thematik ausgiebig in unserem Haus erörtert.

Nunmehr vermag ich Ihnen aber unser Ergebnis mitzuteilen, welches  
letztlich Sicherheit bei der Anwendung der Wertgrenzen gibt.

Im Unterschwellenbereich ist hinsichtlich der Berechnung  
der maßgeblichen Wertgrenzen konkret auf die  
beabsichtigte Norm abzustellen. Wird eine Vergabe von  
Bauleistungen nach Ziffer 6.3. der Vergabegrundsätze  
vorgenommen, ist auf den gesamten Auftragswert -  
funktionale Betrachtung - abzustellen. Wird dagegen über  
Ziffer 6.4 der Vergabegrundsätze die Regelung des § 3a  
VOB/A angewendet, ist für die in der VOB/A bezeichneten  
Wertgrenzen, die gewerkebezogene Betrachtung  
maßgeblich.

Ob Ziffer 6.4 anwendbar ist, wird wiederum durch die  
funktionale Betrachtung, also der gesamte Auftragswert  
i.S.d. § 3 VgV, festgelegt. Die Verwendung des Wortes  
„Auftragswert“ im Vergabegrundsätzerlass wird damit  
einheitlich im Sinne der funktionalen Betrachtung  
verwendet

Jürgensplatz 1  
40219 Düsseldorf  
(Anfahrt über Hubertusstraße)

Telefon 0211 8618-50  
Telefax 0211 8618-54444  
poststelle@mhkgb.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:  
Straßenbahnlinien 706, 708  
und 709 bis Haltestelle  
Landtag/Kniebrücke

**Begründung:**

Die Vergabegrundsätze gelten ausschließlich bei öffentlichen Aufträgen deren Auftragswerte die EU-Schwellenwerte ohne Umsatzsteuer nicht erreichen (Ziffer 1.3 d. Vergabegrundsätze). Für diesen Zweck wird in Ziffer 1.3. der Vergabegrundsätze auf den Auftragswert nach § 3 Absatz 6 VgV verwiesen. Danach ist der Auftragswert der geschätzte Gesamtwert aller Lieferungen und Dienstleistungen. Sofern dieser Wert unter dem EU- Schwellenwert liegt, sind die Vergabegrundsätze einschlägig.

Nach Ziffer 6.3 der Vergabegrundsätze gilt für Bauleistungen bis zu einem Auftragswert von 100.000 € ohne Umsatzsteuer, dass eine Freihändige Vergabe durchgeführt werden kann. Bis zu einem vorab geschätzten Auftragswert in Höhe von 1 Mio. € ohne Umsatzsteuer, können Bauleistungen im Rahmen einer beschränkten Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb durchgeführt werden.

Sowohl Ziffer 1.3. als auch Ziffer 6.3 benutzen den Wortlaut Auftragswert. Dieser Wert wurde in Ziffer 1.3. auch durch Verweis auf das VgV konkret definiert. Gründe, dass der Auftragswert in Ziffer 6.3 anders gedeutet werden muss als in Ziffer 1.3, sind nach der Gesetzessystematik nicht erkennbar.

Das Argument, dass Ziffer 6.3 eine über § 3a Abs. 2 Nr. 1, Abs. 4 S. 2 VOB/A hinausgehende Erleichterung bei der Wahl des Verfahrens der freihändigen Vergabe bzw. der beschränkten Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb schaffen wollte, indem dazu höhere Schwellen als in 3a Abs. 2 Nr. 1, Abs 4 S. 2 VOB/A definiert und der Rahmen für Auftragsvergaben in diesen Verfahrensarten dadurch deutlich vergrößert wurde, verkennet die Intention des Erlasses. Die Annahme ist insoweit richtig, dass Ziffer 6.3 der Vergabegrundsätze eine über die VOB/A hinausgehende Erleichterung schaffen will und dadurch die Schwellenwerte abweichend von VOB/A festgelegt hat. Jedoch soll diese Vereinfachung nur für Auftragsvolumina bis 1 Mio. € für beschränkte Ausschreibungen und bis 100.000 € für freihändige Vergaben gelten. Ziel war es nicht, die Schwellenwerte der VOB/A auszuhebeln.


Dafür spricht auch, dass Ziffer 6.4. für Auftragswerte oberhalb der Grenzen in 6.3. weiterhin zugelassen ist. Würde Ziffer 6.3. für jedes Gewerk einzeln anwendbar sein, wäre ein Verweis auf VOB/A unnötig.

Gestützt wird dies auch durch den Vergleich der Summen. Einzelne Gewerke können nach der VOB/A bis zu einer Summe von 150.000 € beschränkt ausgeschrieben werden. Die Annahme dahingehend, dass diese Summe auf jeweils 1 Mio. € erhöht werden sollte, kann nicht dem Sinn und Zweck des Erlasses entsprechen.

Folglich gilt für Bauleistungen, die nach der funktionalen Betrachtung die Summen des Ziffer 6.3. nicht erreichen, dass die gesamte Leistung freihändig vergeben beziehungsweise beschränkt ausgeschrieben werden kann. Sind dagegen diese Werte überschritten, ist eine freihändige Vergabe bzw. beschränkte Ausschreibung nur hinsichtlich einzelner Gewerke in den definierten Grenzen des VOB/A möglich.

Seite 3 von 3

Im Auftrag

A handwritten signature in black ink, consisting of a series of loops and strokes, positioned above the printed name.

Dr. von Kraack